

Bekleidungsgewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter

Nr. 10	Erscheint alle 14 Tage Samstags. Redaktionsbüro: Montags vor dem Erscheinungstag. Die Zeitung kostet durch die Post bezogen 1.- Mark für das Vierteljahr. Mitglieder erhalten dieselbe gratis.	Köln, den 17. Mai 1930 Geschäftsstelle Denloer Wall 9 / Fernruf West 57259	Anzeigenpreis für die sechsgespaltene Zeile mit 20 fremde. Stellungs- und Angebote folgen die Hälfte. Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Gelddruckungen: Volkshochschule 3006 Köln	27. Jahrg.
--------	--	---	--	------------

Ausschusstagung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften

Fortschritte der Bewegung - Für eine volksgerechte Politik

Am 24. und 25. April beschäftigte sich der Große Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften auf seiner Frühjahrstagung neben organisatorischen Fragen mit wichtigen aktuellen Zeitfragen, soweit sie im Interesse der Arbeitnehmerschaft liegen.

Der Erste Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Dite, erstattete den Geschäftsbericht über das vergangene Jahr. In diesem Bericht spiegelt sich naturgemäß die schwere wirtschaftliche Lage der deutschen Wirtschaft wider. Dennoch ist es den christlichen Gewerkschaften möglich gewesen, im verflochtenen Jahre nicht nur ihre Finanzen zu stärken, sondern auch mindestens 24 000 Mitglieder zu gewinnen. Der gute Ausfall der jüngst stattgefundenen Wahlen läßt eine weitere günstige Entwicklung erwarten. Der neue Etat wurde genehmigt und damit die Errichtung mehrerer Außensekretariate beschlossen. Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Gesamtverbandes wurden gewählt: Franz Behrens (Landarbeiter), Heinrich Kurtschick (Holzarbeiter) und Karl Schmitz (Metallarbeiter).

Im weiteren Verlauf der Tagung hielt Carl Hansen, der Redakteur des „Zentralblattes“, einen Vortrag über: „Organisatorische Umbildungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung.“ Dilemmerat folgte ein Vortrag des Geschäftsführers Fritz Walrusch, der sich vor allem mit der äußerst wichtigen Frage beschäftigte:

Wie können wir die Erwerbslosigkeit wirksam bekämpfen?

Der Ausschuss ist dann zu folgenden Vorschlägen gekommen:

A. Außenpolitisch

1. Beseitigung der Handelsbarrieren; weiterer Ausbau der Handelsverträge. Die Förderung des Exports und der Schutz der heimischen Arbeit müssen in harmonische Verbindung gebracht werden.

2. Hereinnahme von Auslandskrediten für produktive Zwecke zu günstigeren Bedingungen als bisher. Die bisherige Drosselung kommunaler Auslandsanleihen durch die sogenannten Beratungsstellen muß einer vernünftigen volkswirtschaftlichen Anleihepolitik Platz machen.

3. Stärkere Kontrolle der internationalen Kartellierungen und Preisbindungen durch den Staat.

4. Schärfere Nachprüfung des ausländischen Arbeiterkontingents.

5. Weitere Vertiefung der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der internationalen Gegebenheiten.

6. Baldige Wiltderung und schließlich Beseitigung der auf unökonomische Weise entstandenen Verschulbung der Staaten unter sich.

B. Innenpolitisch

1. Die Wirtschaftsführer sind in erster Linie zu verpflichten, für Arbeit zu sorgen. Periodische Abschreibungen des Arbeiterstandes auf die Arbeitslosenversicherung müssen unterbleiben.

2. Erhebung eines allgemeinen Notopfers zur Inanspruchnahme und Durchführung dringender öffentlicher Arbeiten - besonders in der Verkehrs- und Industriegebiete - in den Grenzgebieten. Industrieverbände weitere fünf Jahre bestehen bleiben; 200 Millionen RM. werden davon jährlich der Landwirtschaft auf dem Wege verbilligter Kredite zugeführt. Die Behördenaufträge sollen gemäß den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats vergeben werden.

3. Die Drosselung des Wohnungsbaus soll aufhören, der Wohnungsbau ist durch vermehrte Herabsetzung von Hauszinssteuern und von billigeren Hypotheken weitgehend zu fördern, ebenso die ländliche Siedlung.

4. Reichsregierung und Reichsbank müssen auf die Not zu hohen Zins- und Provisionsätze und die zu

großen Zinsspannen planmäßig drücken. Die Diskontopolitik ist beweglicher zu gestalten, der Kapitalverkehr ist zu erleichtern. Anleihen der öffentlichen Körperschaften sind - entsprechend dem niedrigen internationalen Zinsniveau - mit geringeren Zinssätzen und Bedingungen als bisher auszustatten.

5. Der Staat soll, um eine schnellere Anpassung der Warenpreise an die Wirtschaftslage zu fördern, von den Möglichkeiten der Kartellordnung und der Preisgebung über die Zwangsstarre Gebrauch machen, insbesondere gegenüber den Kartellen und kartellähnlichen Unternehmensformen, die eine monopolistische Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Machtstellung erkennen lassen. Die Bindung der nachfolgenden Wirtschaftsstufe ist zu verbieten. Eine bessere Offenlegung (Publizität) auf allen Gebieten der kapitalistischen Wirtschaft muß durchgeführt werden. Monopolistische Preisbildungen durch Kartelle und Trusts einerseits und gleichzeitige Durchführung einer starren Höchstpreispolitik ist - volkswirtschaftlich gesehen - unmöglich.

6. Die Stärkung der Kaufkraft der breiten Schichten des Volkes durch eine gesunde Lohn- und Preispolitik ist zur Behebung und Erhaltung der Konjunktur ein besseres Mittel als die Niedrighaltung der Löhne. Die Kapitalneubildung auch auf dem Wege des Sparens ist durch eine gute Lohnpolitik zu fördern.

7. Die Konkurrenz der Doppelverdiener, besonders der vorergriffen Doppelverdiener auf dem Arbeitsmarkt, muß in den jetzigen Notzeiten, weil unerträglich, weitgehend ausgeschaltet werden, ebenso die Ueberstundenarbeit.

8. Die teilweise übersteigerte Rationalisierung und Mechanisierung ist um des arbeitenden Menschen und der Rentabilität willen auf das richtige Maß zurückzuführen.

9. Die sinnlose Bedrohung ausländischer Waren ist durch zweckentsprechende Aufklärung der Verbraucherkreise, insbesondere auch der Hausfrauen, einzudämmen. Die heimische Produktion ist stärker auf die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse der breiten Volksschichten einzustellen.

10. Das bessere Funktionieren der Arbeitslosenvermittlung ist durch die Arbeitsämter immerfort anzustreben, bis die größtmögliche Freiheit bei der Sondierung und Behandlung der Arbeitskräfte und des Arbeitsmarktes erreicht ist.

Nach Walter sprach der Jugendführer Albert Bock der christlichen Gewerkschaften über das Dinta. Fritz Küten, der Redakteur des „Bergknappens“, nahm im Korreferat gleichfalls zu dem Dinta Stellung. In der folgenden Aussprache kam die Zweispaltigkeit zum Ausdruck, mit der das Dinta betrachtet wird. Und das ist gewiß nicht nur bei den christlichen Gewerkschaften der Fall. Einerseits wird das Dinta öffentlich um das Vertrauen auch der gewerkschaftlichen Arbeitnehmer, andererseits machen manche Anfechtungen und Methoden des Dinta, vor allem die enge Verbindung mit der Großindustrie, mit Recht die Aufregung einer starken Reserve der Gewerkschaften notwendig. Bei aller Anerkennung der großen Bedeutung einer guten Berufsausbildung wird die christliche Gewerkschaftsbewegung dem Dinta nach wie vor mit einem gesunden Mißtrauen gegenüberstehen. Es liegt sicher im Bereich der Arbeitgeber, dieses Mißtrauen zu zerstreuen, wenn sie wirklich guten Willens sind und mit ihrem Dinta sozial-reaktionären Bestrebungen keinen Vorstoß leisten wollen.

Im weiteren Verlauf der Tagung gelangte eine Entschliessung zur Annahme, die sich mit der gegenwärtigen innenpolitischen Lage befaßt. Wir geben diese Entschliessung nachstehend wieder:

„Die monatliche dauernde, feuchtsen Verhandlungen der unter sozialistischer Führung stehenden Regierung Müller über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung wie der Reichsbank, haben nicht nur dem Vertrauen des demokratischen Staates Abbruch getan, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung un-

günstig beeinflusst, und dadurch die Arbeitslosigkeit vermehrt. Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erachtet deshalb in der jetzt erfolgten, entschlossenen und schnellen Herabsetzung der Steuererträge eine der ersten Voraussetzungen für die Gesundung der Finanzlage, ohne die eine baldige Ueberwindung der Wirtschaftskrise nicht möglich ist. Es wurden jedoch Einzelmaßnahmen mitbeschlossen, die aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen unhaltbar sind. Dies gilt insbesondere von der Erhöhung der Umsatzsteuer und von der Sondersteuer für die großen Einzelhandelsunternehmungen, von der vor allem auch die Konsumgenossenschaften getroffen werden.

Bei der seit Jahren dringend notwendigen, baldig durchzuführenden planmäßigen Reform des Verwaltungs-, Finanz- und Steuerwesens ist der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit weitgehend Geltung zu verschaffen. Hierbei ist die Sondersteuer zu beseitigen und die Umsatzsteuer möglichst abzubauen.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften richtet an die Arbeiterschaft den dringenden Appell, durch unablässige Werberbeit die christlichen Gewerkschaften und die ihnen befreundeten Genossenschaften weiter zu stärken. Eine tragfähige christliche Gewerkschaftsbewegung ist auch die beste Bürgschaft für eine volksgerechte Politik im Reiche.

Das Ende der Ausschusstagung stand im Zeichen des deutlich sichtbaren Willens, die christlichen Gewerkschaften unter allen Umständen zu stärken. Ebenso ist die Bewegung gewillt, ihre Kraft immer und überall zur Wahrung der Arbeiter- und Volksinteressen reiflos einzusetzen. Eine allseitige Werberbeit im Lande ist notwendig, um den guten Willen der Führer in die Tat umzusetzen.

Internationale Gewerkschaftsarbeit

Weisen und Wollen der Christlichen Gewerkschafts-Internationale

Der Ausschuss des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften, der die Vertreter der angeschlossenen Landeszentralen und der Fachinternationalen umfaßt, hat seine dritte Tagung am 25. und 26. April in Berlin abgehalten. Nach einer Aussprache über den Geschäftsbericht, der vom Sekretär dem Ausschuss vorgelegt wurde, und über die Finanzangelegenheiten befaßte sich der Ausschuss eingehend mit einigen Fragen, die zurzeit in der Internationalen Arbeitsorganisation behandelt werden und zu denen er in einigen Entschliessungen Stellung nahm. Der Ausschuss äußerte sich zur Arbeitszeit der Angestellten und zur Arbeitszeit im Bergbau in dem Sinne, daß er der Erwartung Ausdruck gab, daß die nächste Arbeitstafelkonferenz internationale Uebereinstimmungen auf der Grundlage des Achtstundentages annehmen sollte. In Sachen der Fragen, welche in der maritimen Arbeitstafelkonferenz im Jahre 1929 in Genf besprochen wurden, vertrat der Ausschuss die Meinung, daß auch hier baldig zur Regelung der Arbeitszeit Übergegangen werden soll. Auf Grund des internationalen Programms des I.A.C.G., das die christlichen Grundzüge für das Arbeitsleben darlegt, hat sich der Ausschuss für eine völlige Beseitigung jeder Form von Zwangsarbeit der Eingeborenen ausgesprochen.

Weiter hat der Ausschuss sich eingehend mit der Frage der Sonntagsruhe und Sonntagsarbeit befaßt, und hat er in einer Entschliessung sich für möglichst weitgehende Einschränkung jeder Sonntagsarbeit, um dadurch zur wirklichen Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung zu kommen, erklärt.

Der nächste Kongress der Christlichen Gewerkschafts-Internationale wird nach Beschluß des Ausschusses im September 1931 in Belgien, voraussichtlich in Brüssel, abgehalten werden.

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des I.A.C.G. fand am 25. April im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats in Berlin eine öffentliche Kundgebung statt, in der nach dem Eröffnungsansprache des Internationalen Präsidenten Bernhard Dite (Berlin) und einer Rede des Reichsarbeitsministers Dr. A. Stegerwald der Generalsekretär Semrarsens (Utrecht) längere Ausführungen machte über

das Wesen und Wollen der Christlichen Gewerkschafts-Internationale.

Nach einem kurzen Ueberblick über die Entwicklung der internationalen Arbeit, namentlich auf dem Gebiete der internationalen Arbeiterorganisation und der Wirtschaftsorganisation des Arbeiterbundes, betonte er den Willen zur internationalen Gemeinheitsarbeit und den Gedanken der christlichen Solidarität über die ganze Welt zu verbreiten. Dieser starke Wille hat es ermöglicht, trotz der

politischen Spannungen, das Band zwischen den Führern aus den einzelnen Staaten zu verstärken und den überparteilichen Standpunkt einzunehmen, der das Wohl der gesamten Arbeiterchaft wahrnimmt. Über zwei Millionen christliche Arbeiter und Angestellte sind zurzeit dem Christlichen Internationalen Gewerkschaftsbunde angeschlossen. Es bestehen mit vielen nicht angeschlossenen, auch überseischen Ländern, Verbindungen, die zur Gründung oder zum Anschluß an bestehende christliche Gewerkschaften führen werden. Die Christliche Gewerkschafts-Internationale erstrebt eine Neuordnung der Gesellschaft und der Wirtschaft im christlichen Sinne. Jetzt dient die Wirtschaft nur dem Gewinnstreben einiger kleiner Gruppen. Deshalb soll die Wirtschaft auf ihren eigentlichen Zweck, die Befriedigung der Allgemeinheit, zurückgeführt werden. Aus der Gewinnwirtschaft, in der das Vorgespiel das Elend der Massen hervorruft, soll eine Bedarfswirtschaft werden. Durch weitgehende Mitbestimmung, Mitverwaltung und Mitgestaltung der Arbeiterschaft soll auf der Grundlage des Zusammenwirkens aller Werte schaffenden Gruppen eine Wirtschaftsordnung herbeigeführt werden, die auf die wirklichen Bedürfnisse der Massen eingestimmt ist. Das Zusammenwirken aller Kräfte auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete ist erforderlich. In diesem Sinne appelliert der Internationale Bund der Christlichen Gewerkschaften an die Arbeitnehmer der ganzen Welt.

Herrmann Henseler vom Internationalen Arbeitsamt in Genf überbrachte die Grüße des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, und was dabei darauf hin, daß auch das Internationale Arbeitsamt in diesen Tagen sein 10jähriges Jubiläum festlich begehen wird. Der Internationale Bund der Christlichen Gewerkschaften und das Internationale Arbeitsamt haben in zehn Jahren viele Schwierigkeiten überwinden müssen, um den jetzigen Erfolg zu erreichen.

Der Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Eudensbach, übermittelte im Auftrage des am Erscheinen verhinderten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Imbusch, die Grüße des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Imbusch überbrachte die Grüße des Kartells der Christlichen Gewerkschaften Berlins.

Weiter sprachen noch die Vertreter der einzelnen Länder, Tessier (Frankreich), Pauwels (Belgien), Amelint (Holland), Staub (Oesterreich), Müller (Schweiz), Bitterborn (Jugoslawien) und Schütz (Tschechoslowakei), der die enge Verbundenheit zwischen Deutschland und dem Deutschstum in der Tschechoslowakei betonte. Für die dem Internationalen Bund der Christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Arbeiterinnen sprach Fraulein Baers (Brüssel), Vorsitzende des Arbeiterinnenausschusses.

Die Rundgebung wurde durch gesungene Darbietungen des Männerchores „Cäcilia“, der unter der Leitung von Prof. Franz Büning einige schöne Lieder zu Gehör brachte, umrahmt.

Am 20. April wurde der Ausschuss der Christlichen Gewerkschafts-Internationale vom Reichsarbeitsminister Dr. Adam Siegelwald empfangen. Diesem Empfang schloß sich ein Besuch der Ausstellung des Reichsarbeitsministeriums an.

Nachlese zur Tarifbewegung in der Waffenschneiderei

Selten ist zu einer Tarifbewegung soviel geschrieben worden, als zu der hinter uns liegenden Bewegung in der Waffenschneiderei. Rechnet man alles zusammen, was von den Organisationen zu dieser Bewegung an Schriftstücken, Zeitungsartikeln usw. ins Band ging, so kommt man auf einen Papierverbrauch von vielen Zentnern. Eine ungeheure Menge an Arbeitskraft und Zeitaufwand für die direkt Beteiligten war mit der Bewegung verknüpft. Das alles im Zeitalter der Rationalisierung. Hier ist bestimmt nicht nach dem Grundlag verfahren worden, mit dem geringstmöglichen Kräfte- und Materialaufwand den größtmöglichen Erfolg zu erzielen. Der Erfolg der ganzen Aktion steht insbesondere für den Abw in gar keinem Verhältnis zu den Aufwendungen, die er für die Bewegung gemacht hat.

Es ist nicht unsere Schuld, daß die Bewegung in dieser Form geführt wurde. Wir standen in der Hauptsache in der Abwehr. Unsere Maßnahmen mußten so getroffen werden, daß der von der Gegenseite geführte Angriff abgewehrt wurde. Wir haben uns auch keine Unterlassungen oder Fehler bei der Führung der Abwehrbewegung zuzulassen kommen lassen. Für uns gilt deshalb auch nicht der Schlußsatz des Herrn Rudolph in einem Artikel in der Nummer 18 der „Rundschau“, wo er schreibt: „Für die Zukunft glauben wir aber doch etwas gelernt zu haben, nämlich, wie man es nicht machen soll.“ — Na ja, „Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung!“

Wir wollen in nachfolgendem noch einige Bemerkungen wiedergeben, die wir im Anschluß an die Bewegung, d. h. nach Abschluß derselben in der „Rundschau“ finden, um dann noch mit einigen Zeilen auf das Verhalten des Reichsverbandes des Deutschen Schneidergewerbes nach Friedensschluß einzugehen.

Den ersten Artikel, den Herr Rudolph nach Abschluß der Bewegung in der „Rundschau“ schrieb, betitelte er: „Tariffkampf und zühmloser Friede.“ Dem Artikel steht man es an, daß er in verzögerter Stimmung geschrieben wurde. Der Abstand von den vorausgegangenen Ereignissen war außerdem noch zu gering, als daß man ein objektives Urteil über den Kampf — namentlich nicht von dem Unterlegenen — erwarten konnte. Wir können deshalb über die Ausführungen in diesem Artikel hinweggehen, möchten nur dazu bemerken, daß für uns der Ausgang des Kampfes nicht so „ruhmslos“ war, daß wir einem Artikel den oben zitierten Titel hätten geben müssen. Nach Lage der Dinge können wir mit dem Ausgang des Kampfes einigermassen zufrieden sein.

In einem zweiten Artikel: „Lehren aus der Lohnbewegung“ gibt der Vorsitzende des Abw offen zu, daß der Abw bei dieser Bewegung der unterlegene Teil war. Er schreibt u. a.:

„Die Senkung der Herstellungskosten war das Ziel unserer Tarifkündigung, und wir mußten leider feststellen, daß wir dieses Ziel nicht nur nicht erreicht haben, sondern noch eine Lohnherabsetzung bekommen haben.“

Weiter weiß Herr Rudolph in diesem Artikel darauf hin, daß das Material, was der Abw zur Begründung seiner Abworderungen zur Verfügung hatte, absolut unzureichend gewesen sei. Die Geschäftswertreter seien demgegenüber in einer günstigeren Lage gewesen. Was dis-

mal seitens der Abwmitglieder verläumt wurde, soll nachgehört werden. Man will auf Arbeitgeberseite eine genaue Statistik über die Einkommensverhältnisse der Gehilfen und die Überverdienste bei Affordarbeit aufstellen und daneben die einzelnen Positionen des Reichsstandeschemas sachlich durchprüfen. Die Gehilfenverbände sollen aufgefordert werden, sich an der Durchführung der Probearbeiten durch Entsendung von Aufsichtspersonen zu beteiligen.

Durch diese Ausführungen gesteht Herr Rudolph ein, daß unsere Behauptung, der Abw habe die gewaltigen Abworderungen zum Reichsstandeschema gestellt, ohne den Nachweis führen zu können, daß die Festsetzungen zu hoch angelegt sind, richtig waren. Die Schuld dafür, daß es bei der Abwehr der unbegründeten Forderungen zu so langwierigen Kämpfen kam, trifft also in vollem Umfang den Abw.

Wir werden uns selbstverständlich nicht der Aufgabe entziehen, an der Überprüfung des Reichsstandeschemas mitzuarbeiten, wenn ein Weg gefunden wird, der Gewähr dafür gibt, daß die Überprüfung in objektiver Weise geschieht. Dagegen lehnen wir es ab, an solchen Arbeiten uns zu beteiligen, wenn sie einseitig vom Abw ausgetragen und eingeleitet werden.

Zwei weitere Artikel in der Nummer 17 der „Rundschau“, die von anderen Verfassern stammen, sind in ähnlichem Sinne gehalten wie die beiden zitierten von Herrn Rudolph. Bemerkenswert aus einem Artikel von Herrn J. Heubert (Hamburg) ist noch der Hinweis, daß Bestrebungen im Gange sind, den Abw und den Reichsverband des Deutschen Schneidergewerbes (Eberfeld) organisatorisch zusammenzuschließen. Gedacht ist der Zusammenschluß anscheinend in der Form, daß alle Innungsmitglieder, soweit sie Gehilfen beschäftigen, über den Reichsverband des Deutschen Schneidergewerbes mit dem Abw verbunden werden.

Wir wissen nicht, ob diese Bestrebungen bereits feste Formen angenommen haben, oder ob sie überhaupt Erfolg haben werden. Wir möchten aber schon jetzt auf diese Bestrebungen hingewiesen haben, damit unsere Mitglieder erkennen, wie notwendig es ist, daß auch auf Gehilfenseite der letzte Unorganisierte unserer Organisation zugeführt wird.

Der Reichsverband des Deutschen Schneidergewerbes hat sich diesmal auffälligerweise nicht öffentlich zu dem Friedensschluß in der Waffenschneiderei geäußert. Um so mehr ist er im Geheimen gegen den letzten Vertragsabschluss getrieben. Wir waren in der Lage, in der letzten Nummer unserer Zeitung den Inhalt eines Rundschreibens des Reichsverbandes an die Schweißereinnungen bekanntzugeben, worin in ganz einseitiger und scharfer Form gegen den Vertragsabschluss Stellung genommen wurde. Die Innungen wurden aufgefordert, sich den Bedingungen abzumachen mit dem Abw nicht zu unterwerfen.

Inzwischen ist — wie wir aus sicherer Quelle erfahren — dieses Rundschreiben zurückgezogen worden. Anscheinend hat eine Aussprache zwischen der Leitung des Abw und der Leitung des Reichsverbandes stattgefunden, in der man sich dann insoweit geeinigt hat, daß die Innungen in jenen Orten, wo der Abw Ortsgruppen unterhält, die Berliner Abmachungen anerkennen sollen. Welche Direktiven für die Innungen der übrigen Orte herausgegeben sind, wissen wir zurzeit nicht. Doch scheint uns, daß für diese die Parole gilt, den Widerstand gegen den letzten

Christliche Jugend

Wir schwören nun mit Herz und Hand,
Wir christlich-deutsche Jugend:
Die Reue treue zum Verband
Sei unsere schönste Jugend.

Um weih'n wir unsre junge Kraft,
Hilmsch mit stäblichem Treiben.
Wer jetzt nicht mit den Brüdern schafft,
Wird arm und einsam bleiben.

Wir wollen, daß den Arbeitsschweiß
Auch Anerkennung fröhne;
Für harte Mühe, vollen Fleiß,
Festechte, gute Löhne.

Wir wollen nicht in voller Fahrt
Verachtet abwärts treiben;
Es soll auch weiter Christenart
In hohen Ehren bleiben.

Da muß die Jugend tätig sein,
Soll solches Werk gelingen;
Nur wer sich selber setzt ein,
Der wird das Ziel erringen.

Erste Tagung der christlichen Gewerkschaftsjugend des Aßhaffenburger Bezirks

Auch im Aßhaffenburger Gebiet hatte der Karte Einbruch, den der zweite Reichsjugendtag machte, den Ansporn zu gesteigerter Jugendarbeit gegeben. In allen Gruppen fanden sich Kräfte, die an der Erziehung der Jugend durch Zusammenführung in eigenen Jugendgruppen arbeiten. Welche Erfolge bereits auf diesem Gebiete erringt werden konnten, zeigte die herzlich gelungene Jugendtagung im April in Aßhaffenburg.

Samstagsabends trat die Jugend mit einer Rundgebung im großen Saale des Rath. Gesellschaftsbaus vor die Öffentlichkeit. Das Referat bei diesem hatte der Bezirksleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollege Weßp (Darmstadt) übernommen. Mit marianen Worten stellte er die Gegenwartsaufgaben der christlichen Gewerkschaften heraus. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß sich auch am Untermain ein so reges Leben entfaltet, das für die Zukunft der christlichen Gewerkschaften zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Die ausnahmslos und fern erschienenen jungen Gewerkschaftler forderte er auf, ihre Besten zu geben in dem großen Wettkampf um die christliche Welt-

anschauung. Gerade im Aßhaffenburger Bezirk stehen noch große Scharen im- und Selbstorganisierte außerhalb unserer Reihen. Es gilt, sie einzugliedern, um unserer Bewegung die Bedeutung zu verschaffen, die ihr im Aßhaffenburger Gebiet, das in dem überwiegenen Teil seiner Bevölkerung noch konsequent auf dem Boden der christlichen Weltanschauung steht, gebührt. Nach den begeisterten Worten des Redners kam der Sprecher „Auf zum Licht“ zur Ausführung, das das Referat wirkungsvoll unterstrich und so dem Abend einen wirkungsvollen Abschluß gab.

Am Sonntagmorgen fanden sich die Jugendlichen vollständig zum gemeinsamen Gottesdienst ein. Von da ging's mit den Wimpeln an der Spitze in rastlosem Zuge zum Tagungsort. Die vorgelegenen Räume erwiesen sich als zu klein, um die große Zahl der Erschienenen zu fassen. Es wurde deshalb beschlossen, daß nach dem ersten Referat, das Kollege Probst vom christlichen Metallarbeiterverband übernommen hatte, die zahlreich erschienenen Kolleginnen in einem Nebenlokal das vorgelegene Referat der Kollegin Fr. Peterzen vom Verband der christlichen Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes (Frankfurt a. M.), entgegenzunehmen sollten, um dann die Aussprache der beiden Referate in ihrem Kreise durchzuführen.

Nach Begrüßung der Tagung durch Kollege Karpf vom Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes, Verwaltungssstelle Aßhaffenburg, sprach Kollege Weßp die besten Grüße und Wünsche der Zentralen der Verbände, sowie des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften aus. Hierauf begann Kollege Probst mit seinen Ausführungen über die Gedanken und Ideen der christlichen Gewerkschaftsbewegung. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er das Beispiel aus der griechischen Perseuslegende. Wie einst Perseus die Entschöpfung überlassen worden sei, ob er den leichteren Weg zu Vergnügen und Lust oder den schwereren, heißen Pfad zu herrlichen edlen Zielen zu gehen gewillt sei, so habe jeder Mensch sich immer wieder zu entscheiden, ob er trotz Mühe, Schwere und Opfer den Weg zur Höhe beschreiten will. An Hand von Beispielen über die Lage der Arbeiterschaft aus der Freiheit der englischen Industrie, die heute in China ihr „würdiges“ Gegenstück findet, führte er drastisch die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung vor Augen. Er wies hin auf die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung auf dem Gebiete des modernen Arbeitsschutzes und Arbeitsschutzes, die es verhinderte, daß der deutsche Arbeiter in der Nachkriegszeit wieder in die früheren unwürdigen Zustände zurückversetzt wurde, wie sie vor Bestehen der Gewerkschaften bei Wirtschaftskrisen gang und läbe waren. Die Jugend muß aber durch ihren Zusammenschluß in den Gewerkschaften nicht nur das Errungene verteidigen, sondern in der Weiterentwicklung des modernen Arbeitsschutzes

kräftig mitarbeiten. Hier bedarf es Hefelarbeit. Das christliche Arbeiter will aber nicht nur ein tüchtiger Arbeiter, sondern auch ein wirksamer Christ sein. Der Name „christlich“ ist Ausdruck unserer Bestimmung. Wir leben in der Vertiefung der christlichen Grundlehre die beste Gewähr für menschliche Behandlung des Arbeiters. Christus hat den größten Teil seines Erdenlebens mit seiner Hände Arbeit seinen Lebensunterhalt erworben und so die Arbeit geliebt. Erst das Christentum hat mit seiner Forderung: „Da sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst“, die unteren Stände aus dem Dunkel ihres Daseins heraus-

Das Christentum verlangt ferner die gerechte Entlohnung der Arbeit. Von den Forderungen des Christentums ausgehend wurden auch in Deutschland die ersten sozialpolitischen Forderungen von hochgeintem Männern erhoben. Wir stehen bemußt auf dem Boden des Christentums, um von hier aus der Arbeiterschaft den ihr gebührenden Platz in der Volksgemeinschaft zu erkämpfen. Auch im Neuheidentum der Gegenwart droht wieder die Gefahr der Herabdrückung des Menschen unter die Sachwerte. Diesen Bestrebungen müssen wir uns mit aller Gewalt entgegenstellen. Die freie Gewerkschaft ist sozialistisch und damit Gegnerin der christlichen Weltanschauung. Deshalb ist es für jeden aufrechten christlichen Arbeiter unmöglich, der freien Gewerkschaftsbewegung anzugehören und damit gleichzeitig den Kampf gegen seine eigene Weltanschauung zu unterstützen. Ueberall, wo wir stehen, wollen wir Werber sein für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung, für unsere Ideen. In Zusammenarbeit mit den konfessionellen Ständevereinen müssen wir den Normen unserer Bewegung weiterführen. Schwierigkeiten müssen unsere Kraft kühn. Kur das Glas wird durch den Hammer zerhackt, das Eisen aber wird durch ihn gehärtet.

Durch rauschenden Beifall wurde dem Redner Dank gesagt für seine herrlichen Ausführungen. In einer eigenen Arbeitsgemeinschaft besprachen hierauf die Kolleginnen unter Leitung von Fr. Peterzen das Ergebnis des heutigen Tages und die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiterinnen. Nach einer in beiden Gruppen geführten regen Aussprache konnte um 1 Uhr die Tagung mit einem begeisterten „Gott“ auf die alten Führer und die Gesamtbewegung der christlichen Gewerkschaften geschlossen werden.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen fand noch eine Besichtigung des Aßhaffenburger Schlosses mit seiner reichen Auswahl von Gemälden statt.

Erst gegen Abend trennten sich die Tagungsteilnehmer, um nun mit erneuter Kraft in ihren Gruppen an die Arbeit zu gehen.

Vertragsabschluss in schriftlicher Form fortzusetzen. Aus dem Verhalten dieser Innungen ist dies zu schließen.

Sollte diese Verträge tatsächlich von Eiberfeld kommen, so verstehen wir die zwiespältige Haltung des Reichsverbandes nicht. Er müßte sich doch wohl selber sagen, daß damit dem Gesamtgewerbe nicht gebient sein kann, wenn die Abwarte Tarifhöhe zahlen, man aber die Arbeitgeber in anderen Orten — vielfach Nachbarstädte von Baden — geradezu dazu aufmuntert, nach Willkür zu entloohnen. Ist es so — wir beschließen es — so eröffnen sich ja nette Perspektiven für eine Tarifpolitik, die in noch höherem Maße von den Innungen beeinflusst werden soll. Uns will scheinen, als ob die Innungen aus der letzten Bewegung noch nicht gelernt hätten, „wie man es nicht machen soll!“ Vielleicht müssen auch sie erst durch Schabenflug werden. Bedauerlich ist nur, daß das Gewerbe, dem zur Geländung nichts dringender nottut, als Ruhe und Frieden, durch solche sinnlosen Raschenschaften in steter Unruhe gehalten wird. Wenn das der Weisheit letzter Schluss sein soll, so könnte man versucht sein, anzunehmen, daß die Führer der Innungen im Maschinengewerbe ganz verfehlt haben, welche Aufgaben den Innungen vom Gesetzgeber — der sie mit großen Vorrechten ausstattete, — gestellt sind.

33. Bodenreformtag in Würzburg

Von unserem Sonderberichterstatter.

Der Bund Deutscher Bodenreformer hielt vom 25. bis 29. April seine 33. Bundestagung in Würzburg ab. Die Arbeit und Ziele des Bundes Deutscher Bodenreformer sind für das ganze deutsche Volk, insbesondere aber für die Arbeitnehmer von großer Bedeutung. Gerade die Arbeiterkassen leiden stark unter den heutigen Boden- und Wohnungsverhältnissen. Den Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf Höherführung der Arbeiterkassen stellen sich in den schlechten Wohnungsverhältnissen die größten Hindernisse entgegen. Wir leben daher in den Bestrebungen des Bundes Deutscher Bodenreformer eine wertvolle Unterstützung unserer Arbeit. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß es dem Bund Deutscher Bodenreformer gelungen ist, für seine Bestrebungen die verschiedenen gewerkschaftlichen, politischen und konfessionellen Richtungen zu gewinnen. Dies hängt schon aus den Begründungen heraus, wobei besonders die einheitliche Auffassung der Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche bemerkenswert war.

Der Vertreter der katholischen Kirche, Herr Dr. Schmitt, hat die katholische Kirche, als dem göttlichen Gesetz verpflichtet, den Arbeiter mit jeder Gabe, so auch besonders den Arbeiter mit Grund und Boden, betrautet. Sie begreife dagegen jedes Unternehmen und jeden Versuch, die Wohnungsnot zu lindern und zu beseitigen, um menschenwürdige Wohnungen für das arbeitende Volk zu schaffen. Der Vertreter der evangelischen Kirche wies hin auf die ungeheure leibliche und seelische Not, die durch das Mangel an Wohnungen entstehen.

Als 1. Punkt der Tagesordnung behandelte der große Bundestag die Aufgabe mit jugendlicher Begeisterung unsere Arbeit und unsere Aufgaben. Hierbei gedachte er einer Reihe seit der letzten Tagung verstorbenen Mitarbeiter. Unter den von ihm Geehrten befinden sich auch u. a. die Namen der beiden Führer aus unserer Bewegung: Wilhelm Gutschke und Max Gutschke sowie Dr. Karl Sonnenschein und Herr Schmeemacher. Dr. Damaschke nahm zu nächst Bezug auf das in der Berichtzeit erschienene Schrifttum der Bodenreform. Wenn Damaschke hier besonderen Wert auf die Aufklärungsarbeit in den Schulen legt, so berechtigt das für die Durchbringung unseres Volkes mit bodenreformlichen Gedanken zu den größten Hoffnungen. Während von Beispielen erklärte er, wie wichtig es ist, daß gerade in der Schule hierfür klare Begriffe geschaffen werden. Er wies nach, wie schon einmal von Deutschland der Versuch gemacht wurde, bodenreformliche Bestrebungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Es handelte sich um die deutsche Kolonie Rußland. Dort war es möglich, durch eine geordnete Bodenwirtschaft die Nachteile einer schrankenlosen Spekulation auszugleichen. Daß diese Arbeit auch von anderen Völkern geachtet worden sei, geht daraus hervor, daß man nach Wegnahme der Kolonie an den Bodenbesitzern nichts geändert habe. In der Steuerfrage müsse ein organischer Neuaufbau erfolgen. Bodenwert und Ergebnisse der Neugestaltung müßten verbleiben bei dem Eigentümer. Ein neues Bodenrecht mag die Bodenwirtschaft der Städte überflüssig, da sie ja jederzeit in der Lage seien, nach Bedarf den Boden zu erhalten. Damit sei der Spekulation der Boden entzogen und die Verwertung des vorräthigen Bodens würde in Wegfall kommen. Die Bodenreform und in ihrer Folge die Schaffung gesunder Wohnverhältnisse ist aber auch ein gutes Mittel zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit. 1.200.000 Frauen nehmen heute Arbeitsplätze neben dem Manne

ein. Durch Schaffung von Heimstätten wäre es einem großen Teile dieser Frauen ermöglicht, die der Verdienstsicherung der Frau viel mehr entsprechende Haus- und Gartenarbeit zu verrichten und so den Arbeitsmarkt zu entlasten. Wohl habe die Frau immer gearbeitet, aber nicht um fremden Lohn. Wer eine organische Entwicklung will, muß Bodenreformer sein.

Hierauf sprach Prälat Dr. Kreuz, Präsident des Deutschen Caritasverbandes und Sozialpfarrer D. Mumm, M. d. R. über „Heimstättenfrage in ihrer religiös-sittlichen Bedeutung“. Dr. Kreuz bezeichnete die Bodenreformbewegung als die politische Form des Lebenswillens unseres Volkes. Er wies hin auf die Wechselbeziehungen zwischen Seele und Körper, Geist und Materie. Die Tatsache der großen Zahl kommunistischer Abgeordneter bezeichnet er als den seelischen Protest von Menschen dafür, daß hohe Ideale nicht erreicht werden könnten, weil andere nicht wollten. Er führte aus: „Was hilft Bildung und Kultur, wenn wir keine Familien haben, wenn wir nicht mehr die physische Kraft haben zu einer Kinderstube? Wenn wir sittliche Lebensform fordern, müssen wir auch die Möglichkeit zu ihrer Durchführung schaffen. Wenn es dem Gros der deutschen Familien nicht mehr gut geht, steht das deutsche Volk am Abgrunde. Darum ist uns Bodenreform Wille zum Leben. Wir müssen Häuser bauen, in denen der Mensch Mut gewinnt, dem höchsten Ziel seines Existenzens zuzustreben. Wir brauchen gesunde Familien, Willensstetigkeit und opferbereite Menschen. Darum müssen wir zu einem großen deutschen Siebungswerk kommen. Die Ideen des Bundes Deutscher Bodenreformer müssen die Ideen des ganzen Volkes werden.“

Sozialpfarrer D. Mumm führte u. a. aus, daß es notwendig sei, den Begriff des christlichen Eigentumsrechts in die breiten Schichten hineinzutragen. Er erinnerte an die alttestamentliche Gesinnung der Juden, wonach alle 50 Jahre alles Land an seinen Eigentümer zurückfiel. Wenn dem Bund Deutscher Bodenreformer der Vorwurf gemacht wurde, daß er das Eigentumsrecht verleihe, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß es ihnen gegenwärtig tausend Einkünfte des Eigentumsrechts gebe bei Steuer, Abgaben usw. Wie sehr die Sehnsucht nach einer eigenen Heimstätte in unserem Volke bestehe, sei daraus ersichtlich, daß der Hauptbeweggrund für sehr viele Auswanderungen die Hoffnung gewesen sei, in der Ferne eine Heimstätte zu finden. Er schloß mit den Worten: „Eigener Herd ist nicht nur Gottes Wert, sondern wärmste Förderung des christlichen deutschen Familienlebens.“

Reichsgerichtspräsident Dr. Professor Dr. Simons sprach über „Heimstättenfrage und Strafrecht“. Er führte u. a. aus, ein einziger kräftiger Schritt in der Bodenreform sei für die Geländung unseres Volkes viel wichtiger als die beste Strafrechtsreform. Zwar würde auch die gesundeste Reform das Vergehen und Verbrechen nicht aus der Welt schaffen, da mit ihr Liebe, daß u. a. als Motive nicht verschwinden. Durch die Wohnungsnot seien sehr viele der Alkoholiker und der Verführung der Straße ausgelegt. Es genüge allerdings nicht, nur die Heimstätte zu schaffen, sondern es sei auch auf eine entsprechende Erziehung der Menschen hinzuwirken. Es sei notwendig, die Quellen für die Verbrechen zu verstopfen durch eine gesunde Siebungspolitik.

Stadtbaumeister W. G. (Frankfurt a. M.), sprach über die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Heimstättenbildung. Er wies hin auf die ständige Geburtenüberschuss. Nach statistischen Berechnungen würde bei gleicher Entwicklung die deutsche Bevölkerung im Jahre 1935 die Zahl von 65 Millionen erreicht haben, um dann stark abzunehmen, so daß im Jahre 1975 Deutschland noch eine Bevölkerung von 45 Millionen habe. Die Qualität der Bevölkerung muß verbessert werden. Ein wertvolles Mittel hierzu ist die Heimstätte. Redner empfahl das Bauen von Heimstätten, die geeignet seien, vorübergehend Leihmieten aufzunehmen, die ihrerseits an dem Tragen der Lasten beteiligt werden könnten. Die Heimstätten müssen aber so eingerichtet sein, daß sie später leicht als Einfamilienhaus verwertbar sind.

Prof. Dr. Kähler und Schulrätin Fel. Petersen sprachen über die „Heimstättenfrage in ihrer erzieherischen Bedeutung“. Ein Film: „Die Stadt am Morgen“ zeigte anhand von wohlgeordneten Aufnahmen das organische Wachsen der Großstädte, die ohne großzügige Bebauungspläne zu schwersten gesundheitlichen und sittlichen Schäden führen. Hierauf wurde die zukünftige moderne Stadt auf der Leinwand vorgeführt, wobei besonders auf die Orts- und Landesplanung Wert gelegt wurde; Industrie- und Wohnstätten voneinander getrennt, die notwendigen Grundflächen und Flächen für den Bau freigehalten, und die Wohnungen so gelegt, daß sie möglichst wenig von Rauch und Lärm der Industrie befreit werden.

Nach dem Festgottesdienst am Sonntag für die beiden Konfessionen fand eine Kundgebung statt, bei der Vertreter verschiedener Organisationen ihre Sympathie für die Bodenreform zum Ausdruck brachten. Für den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sprach Stadtrat Trefftz, für den Gesamtverband der Angestellten Krotz (Berlin).

Am Nachmittag sprach Univ.-Prof. Rießfeld über „Heimstättenfrage in ihrer gesundheitlichen Bedeutung“. Insbesondere behandelte er die Einwirkung der Luftfeuchtigkeit und der Temperaturverhältnisse auf die Gesamtsicherheitsverhältnisse und bezeichnete als Ursache der großen Säuglingssterblichkeit in den Sommermonaten die erhöhten Wohnraumtemperaturen. Diese Gefahren seien natürlich in den Mietwohnungen außerordentlich hoch.

Bezirksoberamtmann Zahn (Münster) verbreitete sich über den Aufbau der Wohn- und Heimstätten in Bayern.

Dem Prälaten Alfka, M. d. R., war es zum allgemeinen Behutern der Tagungsarbeiten nicht möglich, sein Referat über „Grundlagen und Bedeutung der Heimstättenfrage“ zu halten, da er infolge schwerer Krankheit nicht erscheinen konnte. Das Referat hatte er schriftlich überreicht, das dann zur Vorlesung kam.

Zum Schluß kamen drei Entschlüsse an den Tagungsmitgliedern. Die erste lautet:

„Das Reichsgericht hat in seiner Entscheidung vom 28. Februar 1930 den Artikel 163 des Reichsgesetzes so ausgelegt, daß die Festlegung von Straßen- und Baufluchtlinien und das Bauverbot für als Grundflächen bestimmte Grundstücke sofort einen Entschädigungsanspruch für den Privatgrundbesitzer herbeiführt und daß entgegenstehende Bestimmungen der Landesgesetze durch Art. 163 RG. aufgehoben seien. Die hierzu aufzustellende

Von der Arbeit des Feuerwehmanns



Aus der offiziellen Aufklärungsbroschüre „Feuerverhütung! das Wichtigste für alle!“

Rechtslage muß zu einer allgemeinen Rechtsunsicherheit und zur Anstrengung zahlloser Prozesse führen und für die Gemeinden verhängnisvoll werden. Deshalb fordert der 33. Bundestag der Deutschen Bodenreformer von der Reichsregierung und dem Reichstage die unermüdete Einbringung eines Gesetzes, wonach bis zum Inkrafttreten eines diese Fragen genügend regelnden Reichsgesetzes die zur Zeit des Inkrafttretens der Reichsregierung bestehenden Landesgesetze über die Baubehringungen fluchtlinienfestlegungen ihre Gültigkeit behalten.“

Nach der zweiten Entscheidung hält der Bund Deutscher Bodenreformer im Gegensatz zum Referentenentwurf eines Baugesetzes an den Grundrissen des Entwurfs eines Wohnheimstättengesetzes nach den Bestimmungen des hiesigen Beirats für Heimstätten beim Reichsarbeitsministerium vom 17. Oktober 1928 fest. Die dritte Entscheidung hat folgenden Wortlaut:

Der Bund Deutscher Bodenreformer sieht mit Besorgnis die wachsende Ueberreizung deutschen Bodens und seiner Bodenbesitzer wie Del, Kaff, Kohle und fordert, daß von der Reichsregierung und den zuständigen Landesregierungen in Ausführung des Artikels 166 der Reichsverfassung sofort die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um dem deutschen Volk die Erträgnisse aus seinem Boden und seinen Bodenbesitzern dauernd zu sichern.“

Die überaus anregend verlaufene 33. Tagung des Bundes Deutscher Bodenreformer zeigte, wie recht Vater Oswald v. Kell-Breuning S. J. hat, wenn er schreibt: „Die Bodenreform wird uns Segen bringen, die unser ganzes Volk hinter sich hat, in Stadt und Land.“ Möchte doch dieses Ziel recht bald erreicht sein. Dann ist die Möglichkeit gegeben, durch entsprechende Gesetze dem Bodenwucher zu steuern und gesunde Wohnverhältnisse für unser Volk zu schaffen.

Innungen, Handwerkskammern und Gefellenausschüsse

II. (Schluß.)

8. Innungsangelegenheiten über gelieferte Waren.

Für die Allgemeinheit wichtig ist folgender neuer Absatz 4 zu § 108 c:

„Sie ist ferner befugt, Sachverständige zur Erstattung von Gutachten über die Güte der von Handwerkern gelieferten Waren und bewirkt Leistungen und über die Angemessenheit der von ihnen geforderten Preise zu entscheiden und öffentlich anzukündigen; Vorschriften, welche die Handwerkskammer für die hiernach angestellten Personen erläßt, bedürfen der Genehmigung der Landeszentralbehörden.“

10. Staatsaufsicht über die Innungen.

Der in § 108 h bisher vorgesehene Staatskommissar als Organ der Aufsichtsbehörde ist gefallen. — Die christlichen Gewerkschaften hatten sich ständig für Selbstbehaltung des Staatskommissars ausgesprochen, sofern ihren Forderungen nach paritätischer Ausgestaltung der Kammern nicht Rechnung getragen würde. Ebenso ist die Aufsicht der höheren Verwaltungsbehörde (in Preußen der Regierungspräsident), in deren Bezirk die Kammer ihren Sitz hat, gefallen.

An Stelle dieser beiden (Verwaltungsbehörde und Staatskommissar) tritt nach der neuen Novelle der § 108 o, welcher lautet: „Die Handwerkskammer unterliegt der Aufsicht der Landeszentralbehörde (also unmittelbar dem Landesminister D. V.), diese kann die Aufsicht eines anderen Behörde übertragen.“

Die Handwerkskammern und Innungen erstreben immer mehr die Selbstverwaltung ihrer — z. B. halböffentlichen — Aufgaben; sie wollen zu diesem Zwecke möglichst unabhängig von kommunaler und sonstiger behördlicher Aufsicht sein. Wie man sieht, ist ihnen dies hier auf einem weiten Gebiete möglich geworden. — Demgegenüber ist unersetzlich zu beklagen, daß nicht eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an den für das ganze Handwerk (zu dem wohl auch Gefellen und Lehrlinge gehören) bestehenden Handwerkskammern erreicht wurde.

11. Handwerksrollen.

Die übrigen Bestimmungen der Novelle betreffen sich in der Hauptsache mit der neu geschaffenen Handwerksrollen. Hierfür ist ein neuer Titel VI a der RVO. geschaffen.

Die Arbeitnehmer sind an den beschriebenen Vorschriften — soweit nicht etwa Hausarbeiter Befreiung lauten, in die Handwerksrollen gegen ihren Willen eingetragen zu werden — nur insofern interessiert, als die Eintragung eines Handwerksbetriebes in die Handwerksrollen die Voraussetzung für das aktive und passive Wahlrecht der Innhaber (oder bei juristischen Personen der Vertreter) zu den Innungen und Handwerkskammern, und damit zugleich auch der Gefellen (Gefellen) für die Gefellenausschüsse bei den Kammern bildet. Eine Ausnahme macht lediglich die

Wie verhalte ich mich bei Bränden?



Schutz gegen Rauchvergiftung:
Durch ein nasses Tuch atmen!
Möglichst am Boden kriechen!
Den Kopf tief zum Fenster hinausbeugen!

Aus der offiziellen Aufklärungsbroschüre „Feuerverhütung! das Wichtigste für alle!“

In § 108 i Absatz 3 von der Landeszentralbehörde zugelassene Mitglieder der Gewerkschaften.

a) Die Handwerkskammer hat ein Verzeichnis (Handwerkertolle) derjenigen Gewerbetreibenden zu führen, die in ihrem Kammerbezirk selbständig ein Handwerk als lebendes Gewerbe ausüben.

Handwerksbetriebe als Teile von Industrie-, Handels- oder Landwirtschaftsbetrieben werden nur dann eingetragen, wenn sie gegenüber dem Gesamtbetrieb selbständig sind und nicht nur an Reparaturen für den Betrieb, sondern überdies für den Absatz an Dritte gearbeitet wird. Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien werden nur dann eingetragen, wenn es eintragungspflichtige Nebenbetriebe nach Satz 1 sind.

Die Eintragung in die Handwerkertolle ist jedem gestattet. b) Einspruch gegen die Eintragung ist unter gezielten festgelegten Umständen möglich.

Wenngleich auch die Mitwirkung der Arbeitnehmer (Handwerksgesellen) bei den Aufgaben der Innungen und Handwerkskammern leider nur eine sehr beschränkte ist, so können wir doch nicht umhin, den Gesellen ausführenden Tätigkeit zu schenken und für die Wahl christlich organisierter Gesellen ausführender Tätigkeit zu sein. Selbst wenn eine positive Arbeit der Gesellen ausführenden Handwerksmeistern nicht genügt ist, müßten die christlichen Gewerkschaften diese gezielte Institution zum Besten der Arbeiterschaft zu nutzen versuchen.

25 Jahre Ortsgruppe Sulzbach

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung hatte die Ortsgruppe Sulzbach ihre Mitglieder und Freunde im Saale des Gasthauses zur „Kofe“ zusammenberufen. Der Leiter der Veranstaltung, Kollege Brenneis, konnte neben einigen Ehrengästen den Zentralvorständen, Kollegen Boeder, die reiflos erschienenen Mitglieder der Ortsgruppe Sulzbach und eine große Zahl Sulzbacher Einwohner begrüßen. Die Ortsgruppe Sulzbach beging in feierlicher Weise den Tag ihres 25jährigen Bestehens.

Der Musikverein „Edelweiß“ gab durch seine klaren Stimmen einen gelungenen Rahmen für die prächtige Veranstaltung. Der Gesangsverein „Sängertrupp“ brachte ausgewählte Chöre mit einfachem und gemäßigtem Chor wirkungsvoll zum Vortrag. Fr. K a r a W a d e r trug einen sinnvollen Vortrag vor. Die Festrede hatte der Zentralvorstand übernommen. Er sprach die Glückwünsche des Verbandsvorstandes aus und brachte zum Ausdruck, wie gerne er zu dieser Feier nach Sulzbach gekommen sei, da ihn aus seiner früheren Tätigkeit als Geschäftsführer des Verbandes für den Bezirk Wittenberg noch starke Fäden mit den Mitgliedern im Wittenburger Gebiet verbanden. In seinem Rückblick schilderte der Redner das Werden der Organisation im Wittenburger Gebiet und die Lage der Heimarbeiterschaft vor 25 Jahren. Bei Gründung der Organisation war die Lage der Heimarbeiterschaft eine geradezu trostlose, die Wohnverhältnisse unzureichend, erschreckend niedrige Stücklöhne. Als Folge davon unerhörte Arbeitszeiten in noch dazu unzulänglichen Räumen. Dem gemeinen Willen der Arbeiterschaft ist es gelungen, durch Tarifverträge geregelte Wohnverhältnisse zu schaffen. Sie blieben auch auf die kulturelle Entwicklung der Heimarbeiterschaft nicht ohne Einfluß. Diese Arbeit erforderte viele Mühe und Opfer. Der Redner gedachte hier der verstorbenen Mitglieder, insbesondere des vor einigen Jahren verstorbenen langjährigen Mitarbeiters G a b o und des vor einigen Wochen verstorbenen Kollegen H e i n r i c h K e i s, der 25 Jahre unter Zurückstellung seiner Person von Woche zu Woche die bestmögliche Arbeit des Hausoffiziers versah. Ihnen galt sein besonderer Dank. In klaren Worten führte er dann den Wert der Gewerkschaftsbewegung gerade in der heutigen Zeit unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Konsumindustrie vor Augen. Hierauf ging er auf die besondere Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein, die bemüht auf eine christlich-soziale Weltanschauung hinarbeitet.

Der Redner betonte: „Die christlichen Gewerkschaften sehen in den Forderungen des Christentums die treibende Kraft für gesunde Fortentwicklung sozialer Verhältnisse. Die christlichen Gewerkschaften wollen nicht zurück zu sozial unumglichen Zuständen früherer Zeit. Sie wollen aber auch nicht einer vorwärtsdrängenden antichristlichen Kultur ruhig zusehen. Sie wollen in Bewegung sein, die dem gesunden, fortschreitenden sozialen Geist Raum gibt. Dabei sehen sie die ganze werdende Kraft tiefempfundener Christentums ein. Wird man uns auch nicht überall verstehen, ja, man mag uns bekämpfen, wir lassen uns auch in der Zukunft nicht von unserem Wege abbringen.“

Hierauf nahm der Redner die Ehrengäste der beiden Jubilare H e i n r i c h K e i s und W a d e r m i t t e i vor, die 25 Jahre treu dem Verband angehören und ihm ihre Kraft zur Verfügung stellten. Ueßer diesen beiden Jubilaren konnte er noch eine große Zahl Mitglieder ehrend erwähnen, die seit mehr als 25 Jahren in Sulzbach der Organisation angehören. Mit einem warmen Appell an alle Anwesenden zur ferneren tatkräftigen Mitarbeit, schloß der Redner seine Ausführungen. Rauschender Beifall zeigte, daß die prächtigen Worte einen starken Widerhall gewed. hatten.

Namens der Wechtern sprach H e i n r i c h K e i s mit markigen Worten den Dank aus und forderte die zahlreich anwesende Jugend zu tatkräftiger Mitarbeit auf. H. S. Warrter brachte seine Freude über die gelungene Feier zum Ausdruck und rühmte an den Jubilaren, daß sie den Mut aufgebracht haben, nicht nur in der Kirche, sondern auch in der Öffentlichkeit ihre christliche Weltanschauung zu bekennen.

Die starke Teilnahme der Jugend kam wirkungsvoll zum Ausdruck, als die Jugendgruppe Wittenburg und die neugegründete Jugendgruppe Sulzbach sich in stattlicher Zahl auf der Bühne gruppierte. Die Jugendgruppe Wittenburg ließ durch Kollegen Karpf der Jugendgruppe Sulzbach einen von ihr gestifteten Wimpel überreichen. Für die Ortsgruppe Leifersbach überreichte deren Vorsitzender August Ellsäßer die Glückwünsche. Einem sinnvollen Gedicht, vorgelesen von Fr. Melanie Keis, folgte zum Schluß noch eine herzliche in Gedichtform vorgebrachte Gratulation durch das blühende Töchterchen des Ortsgruppenvorsitzenden Alois Schüller.

Noch einige frohe Gesangsstücke, lustige Weisen der Kapelle und die prächtige Feier hatte ihr Ende erreicht. In den Herzen der Teilnehmer wird die Erinnerung an diese Feier noch lange weiterleben. Sie wird vor allem, das zeigen die leuchtenden Augen der Jungen, ein mächtiger Ansporn für die Weiterentwicklung des Verbandes sein.

Friseur-Gewerbe

Warum sind wir christliche Gewerkschafter?

Will man Kolleginnen oder Kollegen für unsere Gewerkschaft gewinnen, so wird einem oft die Frage vorgelegt, warum die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen bestehen und warum man nicht einheitliche Gewerkschaften bilden bzw. gebildet hat. Jeder Werber muß darauf Antwort geben können, wenn seine Werbearbeit erfolgreich sein soll. Wir wollen deshalb ganz kurz die Frage, die wir oben stellen, behandeln.

Die älteste Gewerkschaftsrichtung ist die sozialistische. Ursprünglich als neutrale Bewegung gedacht, kam sie sehr bald ins sozialistische Fahrwasser. Die Lehren von Karl Marx waren, wie für die politische Sozialdemokratie, das geistige Rückzug für die sozialistischen Gewerkschaften. Sowohl in Versammlungen dieser Gewerkschaften, als auch in den sozialistischen Gewerkschaftsblättern wurde das sozialistische Parteiprogramm vertreten. Man wehrte außerdem gegen die christlichen Kirchen und gegen ihre Einrichtungen. Die religiösen Gefühle der christlich denkenden Arbeitnehmer wurden auf das gräßlichste verletzt. So ist es in den sogenannten „freien“ Gewerkschaften, bis heute geblieben. Man braucht nur bei politischen Wahlen und vor kirchlichen Feiertagen sozialistische Gewerkschaftsblätter in die Hand zu nehmen und wird dies bestätigt finden.

Wichtigste christliche Arbeitnehmer erkannten, daß die ursprünglich gebildeten Gewerkschaften ihren Bedürfnissen nach Zusammenhalt nicht entsprachen. Sie wollten Gewerkschaften, worin sich alle Arbeitnehmer wohlfühlen konnten, Gewerkschaften, die sowohl in parteipolitischen, als auch in konfessioneller Hinsicht neutral waren. Sie wollten auf christlich-nationaler Grundlage die wirtschaftliche und kulturelle Lage der Arbeitnehmer verbessern. Richtschnur ihres Handelns sollten die Grundsätze des Christentums, die christliche Sittenlehre sein. Solche Grundsätze konnten in den „freien“ Gewerkschaften nicht zur Geltung kommen. Man schritt deshalb zur Gründung christlicher Gewerkschaften.

Den Unterschied zwischen sozialistischen und christlichen Gewerkschaften erkennt man am besten, wenn man die Ziele der beiden Gewerkschaftsrichtungen gegeneinander stellt. Der Sozialismus, dem die „freien“ Gewerkschaften huldigen, vertritt die Lehre von der Vergeistlichung der Produktionsmittel und als Endziel die klassenlose Gesellschaft. Solche Lehren mögen sehr nett klingen und die Ziele mögen in den Augen stehen. Darauf aber kommt es nicht an. Die Frage ist: Können solche Ziele verwirklicht werden? — Nach unseren Begriffen nicht! Es sind Utopien, die niemals Wirklichkeit werden können.

Die christlichen Gewerkschaften stehen auf dem Boden der Wirklichkeit. Ihr Programm hat reale Grundlagen. Sie legen ihrer Arbeit zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer die christliche Welt- und Lebensauffassung zu Grunde. Das ganze Programm der christlichen Gewerkschaften ist hergeleitet aus der christlichen Weltanschauung und den christlichen Sittengesetzen. Die christlichen Gewerkschaften sind nicht wie die „freien“ parteipolitisch gebunden. Sie sind in dieser Hinsicht absolut neutral. Sie sind ferner interkonfessionell. Religiöse Fragen werden in den christlichen Gewerkschaften nicht erörtert. Darum arbeiten auch evangelische und katholische Arbeitnehmer in ihnen einträchtig zusammen. Sie bekennen sich jedoch positiv zum Christentum und verurteilen deshalb scharf alle Angriffe auf das Christentum, mögen sie nun von den sozialistischen Gewerkschaften, oder sonstwo herkommen. Sozialismus und Christentum stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Darum können christliche Arbeitnehmer, die es mit dem Christentum ernst nehmen, nicht Mitglied einer sozialistischen Gewerkschaft sein.

Die marxistische Weltanschauung führt naturgemäß zu einer Kultur, die wir als Christen nie gutheißen können. Betrachten wir nur einmal einen großen Teil unserer heutigen Literatur, das, was in manchen Theatern und Varietés geboten wird, einen Teil der Filmzeugnisse, die Verroberung der Sitten und vieles andere mehr und wir erkennen, wozu der marxistische Geist führt. Wenn es auch nicht unsere ureigenste Aufgabe ist, den Marxismus zu bekämpfen, so sollten wir doch durch Schaffung klarer christlicher Gewerkschaften unseren Teil dazu beitragen, daß der sozialistisch-marxistische Hochmut ein Damm entgegengelegt wird. Das liegt in unserem eigenen Interesse, mehr aber noch im Interesse der heranwachsenden Jugend.

Nur ein paar Gedanken zu der Frage: „Warum christliche Gewerkschaften?“ Wir hoffen, daß alle Friseurgehilfen die diese Zeilen lesen, durch sie zum weiteren Nachdenken über die Frage angeregt werden. Damit darf es aber nicht sein Bewenden haben. Wir haben in unserem Wirkungstreife sehr oft Gelegenheit, christliche Gedanken

zu vertreten. Benutzen wir die Gelegenheiten. Sorgen wir aber auch durch eifrige Werbearbeit unter unserer Berufskolleginnen und Kollegen dafür, daß unsere christliche Gewerkschaft immer stärker wird. Wir bauen damit das Fundament, auf dem gute Gewerkschaftsarbeit zum Wohle unseres Berufsstandes geleistet werden kann.

Evangelisch-sozialer Arbeiterkursus!

Die Evangelisch-soziale Schule im Spandauer Johannesstift veranaltet vom 6. Juli bis 2. August 1938 wieder ihren diesjährigen Lehrgang für evangelische Arbeiter. Wie in den letzten Jahren werden auch diesmal wieder in der ersten Woche Grundfragen der Volkswirtschaft sowie des christlich-religiösen Lebens behandelt. In der zweiten Woche wird die Geschichte, die Gliederung und das Wesen der deutschen Arbeiterbewegung, in der dritten Woche die Sozialpolitik und Rechtsberatung und -vertretung behandelt. In der vierten Woche werden verschiedene berufsständische Fragen durchgenommen und daneben der Stoff der ersten drei Wochen durch Wiederholung selbstgehaltener Vorträge wieder vertieft. Der Lehrgang wird in der Form einer Arbeitsgemeinschaft durchgeführt, bei der das Schwergewicht nicht auf Vorträge der Dozenten, sondern auf die gemeinsame Durcharbeitung der grundsätzlichen und praktischen Fragen gelegt wird, die für den handbewußten evangelischen Arbeiter von Bedeutung sind. Jeder Tag wird mit Selbstübungen begonnen.

Das Johannesstift liegt mitten im Spandauer Stadtwald, in der Nähe der schönen Havelseen. Es ist eine Gründung von Johann Heinrich Wichern, dem bekannten Pionier des sozialen Gedankens in der evangelischen Kirche. Evangelische Mitglieder, die sich schon in der praktischen Mitarbeit in unserer Bewegung bewährt haben, besonders solche, die als Mitglieder der Ortsgruppenvorstände, Betriebsräte, Krankenkassenausschüsse usw. tätig sind, können sich wegen Teilnahme an die Evangelisch-soziale Schule, Berlin-Spandau, Johannesstift, Stöckerhaus, wenden.

Rundschau

Der Wohnungsbedarf

Eine Berechnung des Institutes für Konjunkturforschung schätzt den durchschnittlichen deutschen Wohnungsbedarf von 1927 bis 1935 auf etwa 250 000 Wohnungen pro Jahr. Da vom Jahre 1936 ab die Kriegsgesburtenjahrgänge in das Heiratsalter eintreten, so beträgt von 1936 bis 1970 der jährliche Bedarf an Wohnungen nur 190 000. Er sinkt durch den starken Geburtenrückgang in der Nachkriegszeit im Jahresdurchschnitt 1941 bis 1945 auf 85 000, um dann wieder etwas anzufeuern. Von 1946 bis 1950 wird sich der Zuwachsbedarf an Wohnungen auf rund 100 000 stellen.

Wenn wir heute schon einen Festbedarf von rund 1 Million Wohnungen haben und der Wohnungsbau in dem augenblicklichen völlig unzureichenden Tempo weitergeht, so läuft das nicht auf eine Verringerung, sondern auf eine stete Vergrößerung des Wohnungselendes hinaus. Man wundern sich bloß über die Gleichgültigkeit, die die verantwortlichen Stellen einerseits und die deutschen Staatsbürger andererseits diesem Krebsübel entgegenbringen.

Verbandsnachrichten

Der 21. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 18. bis 24. Mai, der 22. für die Woche vom 25. bis 31. Mai.

Das Büro unserer Ortsgruppe Krefeld befindet sich seit dem 1. Mai 1938 an Krefeld, Düssel 233. Tel.: 22 119.

ZUSCHNEIDE - SCHULEN

des Verbandes der Zuschneider, Zuschneiderinnen und Direktrizen, Berlin W 66, Mauerstraße Nr. 86/88

Erstklassige Lehranstalt für den Zuschnitt der gesamten Herren- u. Damengarderobe

Beginn der Tageskurse
am 1. und 15. eines jeden Monats.

Unterrichter wird täglich von 9 Uhr vorm. bis 1 1/2 Uhr nachm.

Beginn der Abendkurse am 1. jeden Monats.

Lehrbücher zum Selbstunterricht für die Herren- und Damenschneider, - Schnittmusteranfertigung nach Maß, - Normalschnitte einzeln und in Serien, - Prospekte gratis und franco, Mitglieder sämtlicher Verbände erhalten Rabatt.

Priv. Zuschneide-Schule der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen

Fachlehranstalt für moderne Zuschneidekunst

Beginn neuer Kurse am 1. und 15. jeden Monats

SOEBEN ERSCHIENEN:

Handbuch für die Herrengarderobe

Konfektion, Uniformen, Amtstrachten, Berufskleidung

Ausgabe VII, 350 Seiten Inhalt, über 350 Darstellungen

Modernst. Nachschlagswerk, zum Selbstunterricht geschrieben

Preis: 20.- Mark

Prospekte durch die Geschäftsstelle, Köln a. Rh., Neumarkt 27/29